

Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2017

Würzburg, 20.02.2017

Inhalt

X: Verband

- X 1: Arbeitsprogramm der Jusos Unterfranken 2017/18 S. 01
X 2: Antrag auf Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken S. 03

A: Arbeit und Bildung

- A 1: Änderungen beim Mindestlohn S. 04
A 2: Negative Einkommenssteuer und höherer Spitzensteuersatz - unsere Grundlage für eine sozialere Steuerpolitik S. 05
A 3: Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz S. 07

E: Europa, Außen- und Verteidigungspolitik

- E 1: Europäische Demokratie stärken – bestehendes Institutionengeflecht überwinden S. 09
E 2: E 2: Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen von Rüstungsgütern S. 11
E 3: Wehrpflichtreform S. 12

I: Innen-, Gesundheits- und Umweltpolitik

- I 1: Update für die Bundesrepublik – den Bundestag stärken S. 13
I 2: Keine Abschiebungen nach Afghanistan S. 15
I 3: Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten S. 16
I 4: Und die Polizei so: Kennste einen, kennste alle- S. 19
I 5: Bekämpfung des Wohnungsleerstandes durch die Wiedereinführung der Eigenheimzulage S. 20
I 6: Aufbau einer Infrastruktur von Drogenkonsumräumen in Bayern S. 22
I 7: Hoftorbilanz jetzt in der Düngeverordnung festschreiben S. 24

1 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand

2 AdressatInnen: /

3 **X 1: Arbeitsprogramm der Jusos Unterfranken 2017/18**

4

5 Der Bezirksvorstand der Jusos Unterfranken ist ein Gremium, das sowohl politische Veranstaltungen
6 organisiert, als auch politisch inhaltlich arbeitet.

7 Unsere Inhalte

8 In diesem Jahr wird sich der Bezirksvorstand dem Thema „**Chancengleichheit**“ widmen, insbesondere
9 den Bereichen Wirtschaft, Feminismus und Asylpolitik. „Chancengleichheit“ wird damit der rote Faden
10 in der inhaltlichen Arbeit.

11 **„Was statt Agenda 2010?“**

12 Dass die Agenda 2010 viele negative Effekte hatte, steht für uns Jusos Unterfranken außer Frage. In
13 dieser Amtszeit werden wir uns differenziert mit der Agenda 2010 auseinandersetzen. Wir werden uns
14 mit anderen Ansätzen für ein funktionierendes Sozialsystem beschäftigen und arbeitsmarktpolitische
15 Konzepte diskutieren. Ziel dieser Arbeit ist es, ein **realistisch umsetzbares arbeitsmarktpolitisches**
16 **Gesamtkonzept** zu entwickeln. Dieses Gesamtkonzept ist sozial und soll einen Gegenentwurf zur
17 Agenda 2010 darstellen; es soll eben die Frage beantworten: „Was statt Agenda 2010?“

18 Zur Erarbeitung unseres Gegenkonzepts werden wir einen arbeitsmarktpolitischen **Kongress**
19 organisieren, auf dem wir uns sowohl mit innerparteilichen als auch mit außerparteilichen
20 Organisationen vernetzen. Innerparteilich wollen wir insbesondere alle Jusos und die
21 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) mit einbeziehen und außerparteilich werden wir
22 besonders mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und gewerkschaftlichen Organisationen wie der DGB-
23 Jugend zusammenarbeiten.

24 **Frauen in unserem Verband**

25 Wir sind ein feministischer Richtungsverband, der sich die Förderung von politisch aktiven Frauen zur
26 Aufgabe gesetzt hat. In unserer alltäglichen politischen Arbeit werden wir unsere Strukturen aus einer
27 feministischen Perspektive kritisch betrachten und dementsprechend anpassen. Nur so können wir
28 den Frauenanteil bei den Jusos Unterfranken nachhaltig erhöhen. Gemeinsam werden wir debattieren,
29 ob es von uns beeinflusste oder beeinflussbare Umstände gibt, die insbesondere weiblich sozialisierte
30 Menschen von uns fernhalten.

31 Wir werden weiterhin intensiv mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (**AsF**) und der
32 Frauenkommission der Jusos Bayern zusammenarbeiten.

33 Darüber hinaus wird ein **Juso-Frauenplenum** mit kurzem **Rhetorikseminar** stattfinden.

34 **Asyl – Geflüchtete menschenwürdig unterbringen!**

35 Der Bezirksvorstand wird eine **Geflüchtetenunterkunft besuchen**, um sich dort ein Bild der Situation
36 vor Ort machen zu können. Dabei soll auch ein Gespräch mit Verantwortlichen der Regierung von
37 Unterfranken stattfinden. Unser Ziel ist die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in
38 Unterfranken. Der Besuch und die Gespräche sollen uns dabei helfen, dieses Ziel zu konkretisieren.

1 Unsere Verbündete

2 Auch im kommenden Jahr werden wir uns aktiv in die **Kommissionen der Jusos Bayern** einbringen und
3 so die inhaltliche Arbeit auch auf bayerischer Ebene vorantreiben. Ebenso sollen auch die anderen
4 Juso-Bezirke zu unseren wichtigsten Partner*innen gehören.

5 Neben den bereits genannten Organisationen (**AsF, AfA, AWO** und **DGB-Jugend**) werden wir uns auch
6 im Bezirksjugendring mit anderen Jugendverbänden austauschen und eine Zusammenarbeit
7 anstreben. Für unsere Arbeit **gegen Rechtsextremismus** werden wir uns in antifaschistischen
8 Bündnissen engagieren und an der Organisation und Durchführung von Demonstrationen beteiligen.

9 Die Einführung eines **unterfränkischen Ringes politischer Jugend** (RpJ) ist unser Ziel. Dafür werden wir
10 uns mit anderen Jugendparteien austauschen.

11 Konkrete Jahresplanung

12 Die **Bezirksvorstandssitzungen** werden regelmäßig, etwa **alle sechs Wochen**, stattfinden. Die
13 konstituierende Bezirksvorstandssitzung wird im Rahmen einer **eintägigen Klausurtagung** abgehalten
14 werden.

15 Die Zusammenarbeit mit den Unterbezirken liegt uns besonders am Herzen. Daher werden alle
16 stellvertretenden Bezirksvorsitzenden eine **Patenschaft** für einen anderen Unterbezirk übernehmen,
17 um beispielsweise die Kommunikation zwischen den einzelnen Unterbezirken und dem
18 Bezirksvorstand zu verbessern und den Unterbezirken beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.
19 Außerdem soll eine Unterbezirkskonferenz stattfinden, bei der sich der Bezirksvorstand gemeinsam
20 mit allen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Unterbezirke vernetzt.

21 Wie zuvor bereits erwähnt wird ein **arbeitsmarktpolitischer Kongress** stattfinden, in dessen Rahmen
22 unter anderem mit anderen Jugendorganisationen diskutiert werden kann.

23 Wie bereits im letzten Jahr wird immer Sommer das **Mitgliederseminarwochenende** stattfinden, bei
24 dem wir uns insbesondere mit den Themen „Was statt Agenda 2010?“, Feminismus und
25 unterfränkische Asylpolitik beschäftigen werden.

26 Im Herbst wird ein **Thementag** stattfinden, bei dem wir uns mit einem unserer zentralen Themen
27 dieses Jahres weiter beschäftigen werden, um so eine Grundlage für einen Leitantrag für die nächste
28 Bezirkskonferenz zu legen.

1 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand

2 AdressatInnen: /

3 **X 2: Antrag auf Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken**

4

5 Abschnitt III. 2. b) der Richtlinien für die Juso-Arbeitsgemeinschaft Bezirksverband Unterfranken wird
6 dahingehend geändert:

7 Alte Fassung:

8 „Die Bezirkskonferenz setzt sich zusammen aus:

9 30 von den Unterbezirken auf ihren Konferenzen gewählten Delegierten. Von den 30 Mandaten
10 werden pro Unterbezirk 3 Grundmandate vergeben, die restlichen Delegierten verteilen sich nach dem
11 Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl der Parteimitglieder der Unterbezirke. Zugrunde liegt die
12 Mitgliederzahl des letzten Quartals vor der Einberufung. Bei gleicher Anzahl werden
13 Überhangmandate gebildet.“

14 Neue Fassung:

15 „Die Bezirkskonferenz setzt sich zusammen aus:

16 30 von den Unterbezirken auf ihren Konferenzen gewählten Delegierten. Von den 30 Mandaten
17 werden pro Unterbezirk 3 Grundmandate vergeben, die restlichen Delegierten verteilen sich nach dem
18 Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl der Parteimitglieder im Juso-Alter und Nur-Juso-Mitglieder
19 der Unterbezirke. Zugrunde liegt die Mitgliederzahl des letzten Quartals vor der Einberufung. Bei
20 gleicher Anzahl werden Überhangmandate gebildet.“

21 **Begründung:**

22 Die alte Fassung widerspricht Ziffer 4 a) bb) der Richtlinie des Parteivorstands für die
23 Arbeitsgemeinschaften. Darüber hat die Justiziarin des SPD-Parteivorstandes den Bezirksvorsitzenden
24 am 30.09.2016 informiert. Richtlinien der Gliederungen dürfen der Richtlinie des Parteivorstandes
25 nicht widersprechen.

26 Der betreffende Abschnitt der Richtlinien der Jusos Unterfranken ist somit außer Kraft, stattdessen gilt
27 die Regelung der höherrangigen Norm, also die Regelung der Richtlinie des SPD-Parteivorstandes. Da
28 die Richtlinien der Jusos Unterfranken der Richtlinie des Parteivorstandes nicht widersprechen dürfen,
29 muss der entsprechende Abschnitt wie obenstehend geändert und an die Bundesrichtlinie angepasst
30 werden.

31

32 *Hinweis: Nach Abschnitt V. der Richtlinien der Jusos Unterfranken bedarf die Änderung einer 2/3-*
33 *Mehrheit.*

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt/Kitzingen
2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4 **A 1: Änderungen beim Mindestlohn**

5

6 Wir von den Jusos Schweinfurt/Kitzingen fordern folgende Änderungen beim Mindestlohn:

- 7
- 8 • Momentan ist der Mindestlohn nicht für Praktikanten unter 18 Jahren gültig, die keinen
9 Berufsabschluss haben. Damit soll zwar verhindert werden, dass ein Praktikant aufgrund des
10 vergleichsweise hohen Lohns auf eine Berufsausbildung verzichtet. Doch diese Annahme ist
11 surreal, da klar Jedem bewusst ist, dass eine Berufsausbildung die deutlich sicherere Option
12 ist. Wir fordern: Der Mindestlohn muss ebenfalls für Praktikanten ab 16 Jahren und ohne
13 Berufsabschluss gültig sein
 - 14 • Der Mindestlohn muss auch dann gelten, wenn das Praktikum nicht drei Monate dauert. Für
15 die gesamte Zeit des Praktikums, egal ob ein Tag oder länger. Es kann nämlich nicht sein, dass
16 die Arbeit entwertet wird und man als Praktikant ausgenutzt und als kostenfreie Arbeitskraft
17 gesehen wird. Wer ein Bestandteil eines Betriebs ist, indem er arbeitet, darf nicht um seinen
18 Lohn gebracht werden.

19 Bei Pflichtpraktika hat man keinen Anspruch auf den Mindestlohn. Handelt es sich um ein
20 Pflichtpraktikum, das von Schule, Ausbildungseinrichtung oder Hochschule vorgeschrieben ist, haben
21 die Praktikanten keinen Anspruch auf den Mindestlohn. Dasselbe gilt für ein Praktikum im Rahmen
22 einer Berufsausbildungsvorbereitung oder in einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung. Keine
23 Anwendung auf Praktika findet das Mindestlohngesetz ebenfalls im Rahmen einer
24 Einstiegsqualifizierung nach dem SGB III und Maßnahmen einer Berufsausbildungsvorbereitung nach
25 dem Berufsbildungsgesetz. Wir finden: Auch hier gilt, dass der Mindestlohn uneingeschränkt bezahlt
26 werden muss. Wenn Praktika vorgeschrieben sind, müssen sie auch bezahlt werden.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und

3 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4 **A 2: Negative Einkommenssteuer und höherer Spitzensteuersatz –** 5 **unsere Grundlage für eine sozialere Steuerpolitik**

6

7 Wir fordern

- 8 - dass die Grundsicherung durch das ALGII mit einer negativen Einkommenssteuer ersetzt wird,
9 die ein Leben über dem Armutsniveau garantiert. Die Schwelle zum Einstieg in den negativen
10 Einkommenssteuerbereich soll am Armutsgefährdungsniveau liegen. Einkommen im
11 negativen Berechnungsbereich sollen nur anteilig angerechnet werden.
- 12 - die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bei der Einkommenssteuerberechnung, sowie
13 die schrittweise Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf das ehemalige Niveau von 53%,
- 14 - den gleichzeitigen Erhalt von bedarfsorientierten Sozialtransferleistungen wie Kindergeld,
15 Elterngeld, etc., die an das Konzept angepasst werden, allerdings unabhängig von der
16 negativen Einkommenssteuer gezahlt werden sollen. Gleiches gilt für die Sozialversicherungen
17 sowie für die Sozialhilfe von Menschen mit Behinderung.

18

19 Die Digitalisierung wird unseren Arbeitsmarkt verändern und somit auch unsere Sozialsysteme vor
20 Herausforderungen stellen. Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wurde daher eine
21 Diskussion begonnen, wie wir in Zukunft unserer Sozialsicherungssysteme gestalten können. Hat das
22 BGE jedoch einige Defizite (einfache Erhöhung der Geldmenge bei gleichbleibender Warenmenge;
23 Wille zur Ablösung von der Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Abhängigkeit von ihr, etc.), sehen wir diese
24 bei der negativen Einkommenssteuer nicht. Wie auch das BGE stammt die Idee der negativen
25 Einkommenssteuer ursprünglich aus der liberalen Wirtschaftslehre und kann als eine Alternative zum
26 BGE gesehen werden. Statt bei einkommenslosen Phasen Geld von der Sozialkasse zu erhalten, zahlt
27 das Finanzamt sozusagen eine Steuer an Erwerbslose. Grundsicherungs- und Steuersystem werden
28 also zusammengelegt. Hieran lässt sich auch die liberale Grundintension erkennen, denn durch die
29 Zusammenlegung spart man zum einen bürokratischen Aufwand und schafft somit eine effizientere
30 Verwaltung. Jedoch soll des Weiteren nach liberalen Modell somit ein Sozialabbau und eine Absenkung
31 des Sozialsicherungsniveaus organisiert werden.

32 Wir wollen diesen zweiten Punkt genau umdrehen. Während man auf der einen Seite sowohl das BGE
33 als auch die negative Einkommenssteuer als Instrument zum Sozialabbau missbrauchen kann, kann auf
34 der anderen Seite die negative Einkommenssteuer auch zur Steigerung des Sozialsicherungsniveaus
35 führen. Durch die Koppelung des 0,-€-Steuersatzes an die Armutsschwelle (50% des mittleren
36 Einkommens nach WHO und OECD) wird allen Erwerbslosen ein Leben ohne Armut garantiert, etwas
37 was das ALGII aktuell nur schwer leistet. Das Argument der Bürokratie lässt sich dabei auch umdrehen.
38 Der zu komplexe Antragsprozess, der gleichzeitig die Offenlegung von diversen sensiblen Daten
39 fordert, fällt weg. So ist auch garantiert, dass niemand aus den Sozialsicherungsnetz fällt, weil er keinen
40 Antrag gestellt hat.

41 Gleichzeitig ist für uns klar, dass untere und mittlere Einkommen nicht die Leidtragenden eines neuen
42 Konzepts werden. Sie werden von unserem ungerechten Steuersystem bereits jetzt zu stark belastet.
43 Die arbeitende Mitte darf durch ein neues Sozialsicherungssystem nicht stärker belastet werden. Nur

1 durch die Entlastung von unteren und mittleren Einkommen, bei gleichzeitiger stärkerer Belastung der
2 einkommensstärksten Schichten, kann das negative Einkommenssteuerkonzept zu einer Beendigung
3 der Verteilung von unten nach oben beitragen und zu mehr Einkommensgerechtigkeit führen. Daher
4 muss der aktuelle Spitzensteuersatz überdacht werden, die Schwellengröße angepasst und die Steuer
5 auf das ehemalige Niveau von 53% steigen.

6 Die negative Einkommenssteuer darf ebenfalls nicht als Flaschenöffner für die Kürzung oder gar
7 Streichung anderer sozialer Transferleistungen für Erwerblose führen, wie sie sich Neoliberale oder
8 Konservative erhoffen. Da sich zudem die Integration der Rentenversicherung in das System als
9 schwierig gestalten dürfte, müssen soziale Transferleistungen und die Sozialversicherungssysteme an
10 das Konzept angepasst, nicht jedoch in das Konzept überführt werden.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt/Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4 **A 3: Änderungen beim Bundeausbildungsförderungsgesetz**

5

6 Wir von den Jusos Schweinfurt/Kitzingen, fordern folgende Änderungen beim BAföG:

- 7 • Einen Bürokratieabbau. Ein Antrag kostet viele Studenten und ihre Familien Zeit und vor allem
8 Nerven. Die Vielzahl an Formblättern ist so unübersichtlich und kompliziert, dass 90 Prozent
9 aller Formulare nicht vollständig abgegeben werden, was zu Verzögerungen führt. Viele
10 Studenten schreckt das sogar ab und sie machen sich erst gar nicht die Mühe, BAföG zu
11 beantragen. Auch ist es nicht tragbar, dass es Hürden gibt, wie die, dass Nichtdeutsche-EU-
12 Staatsbürger, egal ob sie nun in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, eine
13 sogenannte Ausländerkarte vorzeigen müssen. Laut Gesetzgeber, besteht für EU-Bürger seit
14 2013 Rechtsgleichheit mit deutschen Staatsbürgern, womit diese Ausländerkarte für EU-
15 Bürger eigentlich nicht existiert und nicht von den Ausländerämtern ausgestellt werden kann.
16 Daran scheitern einige Anträge, oder werden erst nach einem halben Jahr fertig, nachdem das
17 Ausländeramt endlich einwilligt, dem EU-Bürger eine Ausländerkarte für Gastarbeiter und
18 Asylbewerber auszustellen. Wir finden, dass das zum einen behördliche Diskriminierung
19 darstellt und den Antrag zum anderen unnötig verkompliziert und einen Zahlungsverzug
20 erschafft, was für Studenten oft existenzielle Probleme mit sich bringt. Wir fordern, dass diese
21 Hürden effektiv abgeschafft und die Bürokratie effektiv abgebaut werden, dass die Anträge
22 einfacher und verständlicher werden und sich die Strukturen des Beamtenapparats ändern.
- 23 • Kein Darlehen, sondern Sozialleistung: Bildung muss endlich ohne finanzielle Belastung, frei
24 zugänglich sein. Der Sinn des BAföGs ist es, frei von finanziellen Sorgen studieren zu können, um
25 seine Zeit auf das Studium, das Lernen und die individuelle Entfaltung der Person
26 konzentrieren zu können.
- 27 • „Wenn das Amt nach zehn Wochen immer noch nicht gezahlt hat, ist es verpflichtet,
28 wenigstens einen Vorschuss von maximal 360 Euro zu leisten – aber nur, wenn der Bafögantrag
29 so vollständig wie möglich ausgefüllt wurde. Zahlt das Amt dennoch nicht, kann man per
30 einstweiliger Verfügung gegen das Amt vorgehen. Dabei braucht es offensichtlich mehr
31 Mitarbeiter im Amt.“ So lautet die aktuelle Regelung. Unsere Forderung ist: Wenn der Antrag
32 fristgerecht eingereicht wurde, eine Zahlung jedoch zu Beginn des Studiums nicht möglich ist
33 (fehlende Dokumente etc.) muss eine sofortige Zahlung stattfinden und nicht erst nach zehn
34 Wochen. Vor allem Studenten die ihr Geld sofort brauchen und aus keinen reichen
35 Verhältnissen stammen, sind auf das BAföG angewiesen. Sofern der Bedarf bereits ermittelt
36 werden kann, soll dieser auch voll ausbezahlt werden.
- 37 • Wie im BAföG-Bericht des DGB fordern wir, dass ein lebenslanges Lernen ermöglicht werden
38 soll. Dazu müssen die Altersgrenzen abgeschafft und Teilzeitformen ermöglicht werden.
- 39 • Seit 1981 werden nur noch positive Einkommensarten der Eltern berücksichtigt. Wenn die
40 Eltern verschuldet sind, Hypotheken abbezahlen etc. wird das nicht berücksichtigt. Das heißt
41 dann oft, dass der BAföG-Satz zu niedrig für das Studium des Kindes ist oder es gar keine
42 Zahlung erhält. Dadurch müssen die Eltern ihren Kindern unter die Arme greifen, was
43 verschuldet natürlich schlecht bis nicht möglich ist. „Wenn die Eltern deswegen den Unterhalt
44 nicht zahlen können, können Studenten im Bafög-Amt Vorausleistung beantragen. Damit

- 1 geben sie aber ihre Unterhaltsansprüche ans Amt ab und nehmen in Kauf, dass im zweiten
2 Schritt ein Unterhaltsprozess gegen ihre Eltern eröffnet wird.“, heißt es beispielsweise in
3 einem Artikel der Zeit. Man darf nicht gezwungen sein, seine eigenen Eltern verklagen zu
4 müssen, nur um sich Bildung leisten zu können. Wir fordern, auch negative Einkommensarten
5 zu berücksichtigen.
- 6 • „Die Förderung wurde in den vergangenen 45 Jahren nicht ausreichend erhöht. 2016 lagen die
7 Bedarfssätze um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit
8 1971.“, heißt es im BAföG-Bericht des DGB. Darum fordern wir, die Bedarfssätze sofort um 6,4
9 Prozent zu erhöhen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag

4 **E 1: Europäische Demokratie stärken – bestehendes** 5 **Institutionengeflecht überwinden**

6

7 Wir fordern

- 8 • die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts.
- 9 • die Stärkung des Europäischen Parlamentes durch Initiativrecht.
- 10 • den Umbau der Kommission zu einer echten europäischen Regierung, die lediglich dem
11 Europäischen Parlament abhängig ist. Dies bedeutet unter anderem:
 - 12 ○ die Ersetzung der Bezeichnung Kommission durch Regierung
 - 13 ○ das Parlament wählt eine_n Ministerpräsident_in mit absoluter Mehrheit
 - 14 ○ der Nominierungsprozess von Minister_innen erfolgt durch die_den gewählte_n
15 Ministerpräsident_in, nicht mehr durch die einzelstaatlichen Regierungen.
 - 16 ○ das Parlament hat das Recht die_den Ministerpräsident_in durch ein konstruktives
17 Misstrauensvotum mit absoluter Mehrheit abzusetzen.
- 18 • den Aufbau eines europäischen Senats, der den EU-Rat im EU-Rechtssetzungsverfahren
19 ersetzen soll. In diesen europäischen Senat entsenden die Mitgliedsstaaten jeweils zwei
20 direktgewählte Senator_innen mit freiem Mandat, vergleichbar mit dem US-Senat.
- 21 • dass die neugeschaffene supranationale Ebene die nötigen Kompetenzen erhält, um die
22 großen sozialen Herausforderungen im 21.Jahrhundert europäisch lösen zu können. Dieser
23 Schritt muss langfristig und gestaffelt erfolgen.

24 Die Europäische Union ist beim Versuch, neben der wirtschaftlichen Integration der europäischen
25 Nationalstaaten eine politische Union zu schaffen, gescheitert. Das heutige Institutionengefüge der
26 Europäischen Union ist nicht die erhoffte supranational-unabhängige Ebene, die die Nationalstaaten
27 überwunden hat, sondern genau das Gegenteil. Gesetzesinitiativen gehen ausschließlich von einer
28 Kommission aus, deren Mitglieder zunächst von den nationalstaatlichen Regierungen nominiert
29 werden müssen. Beim Gesetzgebungsprozess muss das gewählten Parlament mit den ernannten
30 Nationalminister_innen Einigkeit finden, und die meisten großen politischen Entscheidungen werden
31 in geheimen Nachtsitzungen von den europäischen Staats- und Regierungschefs getroffen.

32 Soll die europäische Idee nicht scheitern, muss daher dringend ein Neustart erfolgen. Kern dieses
33 Neustartes muss das Europäische Parlament, dass durch das bisher fehlende Initiativrecht, einen
34 entscheidenden Bestandteil üblicher parlamentarischer Rechte verwehrt blieb. Die alleinige
35 Abhängigkeit einer europäischen Regierung von Parlament ist eine weitere Maßnahme, zur Stärkung
36 der europäischen Ebene. Der europäische Senat soll die Rückbindung an die Mitgliedsstaaten sicher,
37 allerdings nicht über ein imperatives Mandat wie der Bundesrat verfügen oder aus einzelstaatlichen
38 Regierungsmitgliedern bestehen, sondern aus direkt gewählten Senator_innen, die mit freiem Mandat
39 als zweite Kammer im Rechtssetzungsprozess mitwirken. Ein direkt gewählter Senat bindet die
40 Wahlberechtigten so auch stärker in den europäische Ebene mit ein, und verschafft so einer
41 europäischen Rechtssetzung höhere Legitimation.

1 Alles in allem würden diese Anpassungen dazu beitragen, die europäische Ebene unabhängiger von
2 der nationalen Ebene zu machen, aber gleichzeitig die Bindung an die Bürger_innen in den
3 Einzelstaaten zu intensivieren. Hierdurch könnte gleichzeitig die Akzeptanz der europäischen Idee
4 steigen, ein weiterer Schritt zur Überwindung der Nationalstaaten gegangen werden, wie auch ihre
5 Demokratiequalität zulegen.

6 Entscheidend für den Erfolg einer so geschaffenen unabhängigen europäischen Ebene wird dabei sein,
7 ob sie die fortgeschrittene politische Integration dazu nutzt, auch die sozialen Herausforderungen und
8 Probleme zu lösen sowie für mehr Gerechtigkeit zwischen den Europäer_innen zu sorgen. Die neu
9 geschaffene europäische Ebene braucht daher die Kompetenzen um große Reformpläne
10 durchzuführen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

2 AdressatInnen: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-
3 Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

4 **E 2: Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen von** 5 **Rüstungsgütern**

6

7 Deutsche Waffen richten weltweit Unheil an und sind aus keiner Krisenregion dieser Erde mehr
8 wegzudenken. Auch viele Diktaturen und Autokratien stützen ihre Herrschaft u.a. auf Waffen aus
9 diesem Land (z.B. Saudi-Arabien, Katar etc.). Dies steht in krassem Widerspruch zu einer
10 humanistischen, friedlichen Weltanschauung und unserem Verständnis von Menschlichkeit und
11 Freiheit. Leider hat diese Gesellschaft aktuell nur sehr wenig Möglichkeiten auf den Export von
12 Rüstungsgütern Einfluss zu nehmen und das muss sich ändern. Ein erster Schritt hierzu ist die
13 Forderung nach mehr Transparenz bei den Entscheidungen des Bundessicherheitsrates bezüglich der
14 Rüstungsexporte. Uns reicht es nicht ein bis zweimal im Jahr in Form eines Rüstungsexportberichts vor
15 vollendete Tatsachen gestellt zu werden und uns das als Transparenz zu verkaufen, Demokratie sieht
16 anders aus! Bisherige Versuche mehr Transparenz zu schaffen sind gescheitert, was man nicht nur
17 zuletzt an den stark angestiegenen Waffenexporten im Jahr 2015 sehen kann. Wir fordern deshalb:

18 Mehr Transparenz bei den Tagungen des Bundessicherheitsrats:

19 Wir fordern, dass der Bundessicherheitsrat immer dann öffentlich zu Tagen hat, wenn es um den
20 Export und die Herstellung von Waffen oder Fabriken geht. Andere Aufgaben wie z.B. der vertrauliche
21 Austausch von Sicherheitsinformationen sollen davon unberücksichtigt bleiben.

22 Mehr Mitbestimmungsrecht des Parlaments:

23 Bei Waffenexporten muss das gesamte Parlament über den Export abstimmen.

24 Keine Waffenlieferungen in Krisenregionen

25 Wir fordern die Europäische Union auf Rüstungsexporte an Krisenregionen und nicht demokratische
26 Staaten zu verbieten.

27 Ein Umdenken in der Außenpolitik:

28 Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik zu missbrauchen ist unmoralisch und menschenverachtend.
29 Anstatt dessen fordern wir eine Erhöhung des Etats für Entwicklungszusammenarbeit und die
30 Förderung diplomatischer Beziehungen. Als ein reiches und friedlich orientiertes Land haben wir die
31 Verpflichtung uns um den Frieden auf der Erde zu kümmern und nicht die Welt mit Rüstungsprodukten
32 zu überziehen.

33

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt-Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und

3 Bundesparteitag

4 **E 3: Wehrpflichtsreform**

5

6 Forderung:

7

8 Die Jusos Unterfranken fordern, dass Paragraph 1 Absatz 1 im Wehrpflichtgesetz um das Wort Frau
9 ergänzt wird.

10 Des Weiteren fordern wir, dass das Wehrpflichtgesetz insoweit geändert wird, dass es eine freie
11 Wahlmöglichkeit zwischen einem sozialen Engagement, welches an den Zivildienst angelehnt sein soll,
12 und der Wehrpflicht gibt.

13

14 Begründung:

15

16 Der Wehrdienst in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt, aber nicht abgeschafft! Dies führt zu der
17 Problematik, dass der Wehrdienst jeder Zeit wieder eingeführt werden kann. Daher wollen wir die
18 Gesetze soweit ändern, dass eine reale freie Entscheidung möglich ist. Auch sehen wir als Jusos

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag

4 **I 1: Update für die Bundesrepublik – den Bundestag stärken**

5

6 Wir fordern:

- 7 - die Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auf 5 Jahre,
- 8 - die Beschränkung auf einmalige Wiederwahl als Bundeskanzler_in,
- 9 - die Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung durch verpflichtende monatliche
10 Befragungen von Bundeskanzler_in und den einzelnen Fachminister_innen im Sinne einer
11 offenen Fragestunde im Plenum, vergleichbar mit der Praxis im britischen Unterhaus,
- 12 - stärkere Transparenz im Arbeitsalltag des Deutschen Bundestages durch ein verpflichtendes
13 Lobbyregister.

14 **Begründung:**

15 Innerhalb der letzten Jahre hat die Regierung innerhalb unseres Institutionengefüges eine immer
16 bedeutendere Rolle gewonnen. Durch die stärkere Bedeutung von internationalen Organisationen
17 (z.B. G7, ...) wie auch der Europäischen Union, aber auch z.B. aufgrund von zunehmend bedeutenden
18 Entscheidungen innerhalb des sogenannten Koalitionsausschusses oder bei informellen Verhandlung
19 zwischen Fachministerien haben die realen Kompetenzen der Exekutive bei zentralen politischen
20 Entscheidungen zugenommen. Häufig bedeutet dies, dass das Parlament vor vollendete Tatsachen
21 gestellt wird, sei es der durch die europäischen Regierungschefs ausgehandelten Vertrag zum
22 Eurorettungsschirm, ein Gesetz zur Erbschaftssteuer, usw. In der Folge ist eine Ablehnung durch die
23 Regierungsmehrheit zumeist unwahrscheinlich, würde man die eigene Regierung so ins mediale
24 Kreuzfeuer schieben. Viele informelle Einigungen müssen nicht einmal vom Parlament gebilligt
25 werden, haben aber dennoch große Auswirkungen, z.B. das sogenannte „Flüchtlingsabkommen mit
26 der Türkei“.

27 Wir glauben daher, dass das Parlament und seine Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Exekutive
28 gestärkt werden muss. Die regelmäßige Befragung der Bundesregierung nicht nur in Form von
29 parlamentarischen Staatssekretären, sondern auch in Form von Regierungsspitze ist ein starkes
30 Instrument politischer Kontrolle, welches dringend Einzug im deutschen Parlamentarismus finden
31 sollte. Wer sich regelmäßig in Talkshows setzen kann, sollte auch einmal im Monat dem Parlament
32 Rede und Antwort stehen können.

33 Durch die Begrenzung auf einmalige Wiederwahl als Bundeskanzler_in erhoffen wir uns zudem durch
34 einen häufigeren Wechsel auf den Spitzenpositionen, dass die Fokussierung auf einzelne Personen
35 innerhalb unserer politischen Gesellschaft etwas gelockert und die Konzentration auf die politische
36 Agenda der Parteien, auch dadurch das Wiederwahl und Umfragewerte von Einzelpersonen nicht mehr
37 die gleiche Bedeutung haben, stärker in den Vordergrund geraten.

38 An diese Hoffnung reiht sich auch unsere Forderung nach einer Verlängerung der Wahlperiode auf 5
39 Jahre. Braucht das Parlament zumeist erst ½ Jahr, um sich zu finden und einzuarbeiten, beginnt zumeist
40 1 Jahr vor Ende der Legislaturperiode der Wahlkampf und die Effektivität des Parlaments nimmt wieder

1 ab. Durch die Verlängerung der Legislaturperiode erhoffen wir, dass die effektive Normalarbeitszeit
2 des Parlaments auf 3 ½ Jahre erhöht wird und das Parlament so auch bei größeren Reformvorhaben
3 durch ausführlichen Beratungen mitwirken kann. Gleichzeitig kann dies als eine Anpassung an die
4 meisten anderen europäischen Staaten wie auch an die Länder gesehen werden.

5 Dem gegenüber sollte allerdings auch eine Stärkung der öffentlichen Kontrolle stehen. Daher ist das
6 längst überfällige verbindliche Lobbyregister eine Forderung, die bei genannten Neuregelung
7 dringend ebenfalls umgesetzt werden muss.

8 Alles in allem sollen die genannten Maßnahmen so dazu beitragen, Vertrauen in die Politik
9 zurückzugewinnen und die Öffentlichkeit stärker in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, ohne die
10 Problemlösungskompetenz zu schwächen oder die Regierung handlungsunfähig zu machen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt-Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und

3 Bundesparteitag, Bundesregierung

4 **I 2: Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

5

6 Die Bundesregierung hat letztes Jahr beschlossen, verstärkt Flüchtlinge aus Afghanistan abzuschieben.

7 Viele Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit haben daraufhin

8 ihren Protest laut gemacht, da Afghanistan immer noch kein sicheres Land ist.

9 Der Beschluss hat die Folge, dass viele Menschen, die sich über Jahre ein Leben in Deutschland
10 aufgebaut haben und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind nach Afghanistan abgeschoben

11 werden. Nicht nur werden dadurch Familien und Freunde auseinandergerissen. Nicht nur werden den

12 Unternehmen und der deutschen Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte und Unternehmer weggenommen.

13 Nicht nur leidet die Menschlichkeit darunter. Diese Menschen werden zurück in ein Land geschickt,

14 das noch immer unter dem Terror und der Verfolgung der Taliban und anderer Gruppierungen leidet.

15 Wir von den Jusos Schweinfurt/Kitzingen fordern die Bundesregierung auf, einen neuen Beschluss zu

16 fassen, Afghanistan als unsicheres Land einzustufen und die Abschiebungen sofort zu stoppen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg Stadt

2 AdressatInnen: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-
3 Bundeskongress

4 **I 3: Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten**

5

6 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass es in der Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht.
7 Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl
8 suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert. Gerade minderjährige Geflüchtete leiden
9 darunter und benötigen besonders Schutz.

10 **Keine weiteren Leistungskürzungen:**

11 Ein Entwurf des Bundesministeriums für die Reform des SGB VIII (Jugendhilfegesetz) will die
12 pädagogische, individuelle Betreuung verringern, stattdessen soll mehr Augenmerk auf den Ausbau
13 der Infrastruktur gelegt werden. Vor allem bei den Angeboten für minderjährige Geflüchtete soll
14 gekürzt werden. Wir finden das falsch. Gerade diese jungen Menschen brauchen Unterstützung. Wir
15 fordern:

16 Das Prinzip der bedarfsgerechten und individuellen Unterstützung durch die Jugendhilfe darf nicht
17 noch weiter unterlaufen werden.

18 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete dürfen nicht als homogene Gruppe angesehen werden. Sie
19 haben wie alle Jugendliche und Kinder unterschiedlichste Bedürfnisse und Wünsche.

20 Wir brauchen eine bessere pädagogische Betreuung und keine Leistungskürzungen. In kleineren
21 Gruppen mit guter pädagogischer Betreuung kann auf die Bedürfnisse der Jugendlichen besser
22 eingegangen werden als in großen Masseneinrichtungen.

23 **Bessere Verteilung von Minderjährigen Geflüchteten:**

24 Minderjährige Geflüchtete werden mittlerweile, wie Erwachsene, über eine Quotenregelung
25 bundesweit verteilt. Davor wurden sie direkt am Ankunftsort untergebracht. Leider haben sich nicht
26 alle Jugendämter an der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beteiligt. Doch die
27 Situation der Jugendlichen hat sich durch die aktuelle Verteilungspraxis weiter verschlechtert:

28 - Es gibt keine rechtliche Vertretung für die Jugendlichen, vor der Verteilung. Das erschwert die
29 Familienzusammenführungen.

30 - Durch die aktuelle Regelung ist nicht ersichtlich wie viele Minderjährige keine Leistungen der
31 Jugendhilfe erhalten, etwa weil sie in Notunterkünften, Gemeinschaftsunterkünften oder bei
32 Verwandten untergebracht werden.

33 - Außerdem sind geflüchtete Jugendliche weiterhin deutlich beschränkter in ihrem Handeln als
34 andere Jugendliche in Deutschland.

35 Die Situation der minderjährigen Geflüchteten muss sich wieder verbessern. Es braucht eine Verteilung
36 die zuerst auf den Schutz der Minderjährigen achtet und ihren Bedürfnissen gerecht wird, transparent
37 ist und die Bundesländer gleichmäßig beteiligt.

38 **Inobhutnahme:**

1 Eine Inobhutnahme stellt immer einen massiven Eingriff in das Leben des Kindes oder des*der
2 Jugendlichen da und kann nur dadurch gerechtfertigt werden, dass das Kindeswohl sichergestellt
3 werden muss. Daher darf eine Inobhutnahme nicht durch die Behörden wegen Verfahrenszwängen im
4 Asylverfahren oder aufenthaltsrechtlichen Belangen beeinträchtigt werden. Die Inobhutnahme nimmt
5 dem oder der Jugendlichen Handlungsspielräume und eröffnet auf der anderen Seite neue
6 Gestaltungsspielräume in geschützter Umgebung. Daraus ergeben sich für uns drei elementare
7 Forderungen:

8 Das Kindeswohl und die Interessen des Kindes stehen im Prozess der Inobhutnahme im Vordergrund.
9 Das Vorgehen der Behörden, beteiligten Institutionen und Personen hat sich hieran zu orientieren.

10 Geltendes Recht muss in allen Bundesländern effektiv umgesetzt werden. Jedem Kind muss die
11 Inobhutnahme, geeignete Unterbringung und Betreuung ermöglicht werden.

12 Clearingverfahren müssen bundesweit zum Standard bei der Inobhutnahme unbegleiteter
13 minderjähriger Geflüchteter gehören und eine geeignete Infrastruktur und ein geeigneter Zeitraum ist
14 dafür einzuführen.

15 **Junge Erwachsene Geflüchtete:**

16 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete fallen in Deutschland unter die Jugendhilfe. Das schützt sie
17 zum großen Teil vor den Restriktionen des Asylrechts.

18 Häufig fällt dieser Schutz aber nach Erreichen des achtzehnten Lebensjahres weg. Oft fallen die
19 Jugendlichen dann nicht mehr unter die Jugendhilfe, was bedeutet, dass sie in eine
20 Gemeinschaftsunterkunft umziehen müssen, den Vormund verlieren, oder im schlimmsten Fall
21 abgeschoben werden. Häufig hat die Beendigung der Jugendhilfe auch deutliche Leistungskürzungen
22 zur Folge.

23 Nach § 41 SGB VIII können junge Menschen einen Anspruch auf Hilfe für junge Erwachsene geltend
24 machen. Davon sind junge Geflüchtete, ungeachtet ihres Aufenthaltstitels, nicht ausgenommen. Es
25 gibt hier allerdings regional sehr viele Unterschiede. Das darf nicht sein! Hilfe für junge Volljährige (§
26 41 SGB VIII) muss von jungen Geflüchteten vollumfänglich in Anspruch genommen werden können. Sie
27 ist essentiell um die Erfolge von Schule und Jugendhilfe Maßnahmen abzusichern.

28 **Begleitete Minderjährige**

29 Egal ob geflüchtete Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern oder alleine eingereist sind, sie genießen
30 dieselben Rechte wie alle anderen Minderjährigen in Deutschland. Leider werden diese aber sehr
31 häufig nicht umgesetzt. Das Asylgesetz (z.B. Unterbringung, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip) und
32 das Asylbewerberleistungsgesetz (Gesundheitsversorgung) führen dazu, dass diese Kinder und
33 Jugendlichen benachteiligt werden und das Kindeswohl missachtet wird. Geflüchtete Kinder und
34 Jugendliche müssen dezentral und so untergebracht werden, dass das Kindeswohl gewährleistet ist.

35
36 Die Situation der geflüchteten Kinder hat sich immer weiter verschlechtert. So dauert die Integration
37 in die kommunalen Systeme oft viel zu lange und es wird kein Wert darauf gelegt Kindern und
38 Jugendlichen, die eine geringere Bleibeperspektive haben, angemessen zu versorgen.

39 Kinderrechte und Minderjährigenschutz sowie bedarfsgerechte Unterstützung müssen für alle
40 geflüchteten Kinder und Jugendliche ohne Einschränkung gelten. Sie brauchen einen besonderen
41 Schutz vor Ausbeutung und Bedrohungen.

42 **Der Zugang zur Schule für Geflüchtete**

1 Da in Deutschland Bildung die Sache der Länder ist, gibt es auch hier die unterschiedlichsten Konzepte
2 wie die Integration der Kinder und Jugendlichen in das Schulsystem aussieht. Meistens besteht nach 3
3 bzw. 6 Monaten eine Schulpflicht für die jungen Geflüchteten. Die Schulpflicht endet allerdings
4 unterschiedlich im Alter zwischen 15-18 Jahren.

5 Wer zu alt für die Regelschulzeit ist hat nur wenig Chancen den Abschluss nachzuholen. Höchstens
6 über Abendschulen, Weiterbildungskollegs und Volkshochschule kann man noch einen Abschluss
7 erwerben. Allerdings sind die Angebote regional sehr unterschiedlich. Das gleiche gilt für die
8 angebotenen Studiums- und Ausbildungsplätze. Alle sollten unsere Meinung nach die Bildung
9 bekommen, die er*sie möchte, denn Bildung ist ein Menschenrecht und trägt maßgeblich zur
10 Partizipation und Integration von Menschen in unsere Gesellschaft bei. Deswegen fordern wir:

- 11 - Für den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen müssen für alle Geflüchteten ungeachtet des
12 Aufenthaltsstatus dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger*innen.
- 13 - Für den sofortigen Zugang zu BAföG und der Berufsausbildungsbeihilfe müssen für alle
14 Geflüchteten dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger*innen.
- 15 - Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Zeugnisse.
- 16 - Kostenfreier Zugang zu Deutschkursen, auch weiterführenden Deutschkursen.

17 Dass die Rechte von minderjährigen Geflüchteten immer noch mit Füßen getreten werden ist eine
18 Schande. Wir müssen diese junge Menschen qualifizieren und befähigen ihre Zukunft in diesem Land
19 selbständig mitzugestalten.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

2 AdressatInnen: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-
3 Bundeskongress

4 **I 4: Und die Polizei so: Kennste einen, kennste alle.**

5

6 Das Jahr 2017 begann für viele junge Männer in Köln so, wie das Jahr 2016 endete – mit
7 Diskriminierung. Die Polizei wollte dem massiven Aufkommen sexualisierter Gewalt des Vorjahres
8 keine Chance zur Neuauflage bieten und bediente sich deshalb eines einfachen Mittels namens
9 Rassismus. Während „deutsch“ aussehende Männer ohne Probleme den Bahnhofsvorplatz betreten
10 durften, wurden Menschen mit dunkler Hautfarbe oder „südländischem Aussehen“ gezielt in einen
11 dafür eingerichteten Kontrollbereich geführt. Das als „Polizeistrategie“ deklarierte Vorgehen sollte
12 sexuelle Übergriffe von „nordafrikanischen Intensivtätern“, kurz „Nafris“, verhindern. Hieß das
13 Problem der Kölner Silvesternacht vor einem Jahr noch Sexismus, ist es diesmal Racial Profiling. Und
14 dieses Problem ist nicht neu.

15 Wer eine etwas dunklere Hautfarbe besitzt kennt es nur zu gut, nicht nur in Silvesternächten. „Racial“
16 oder „Ethnic Profiling“ bezeichnet polizeiliche Maßnahmen, die allein aufgrund „ethnischer“ Merkmale
17 durchgeführt werden. Sie sind gesetzwidrig. Dabei ist aber die Grenze zur legalen Polizeiarbeit
18 schwierig zu bestimmen. Denn „Profiling“ ist an sich ein rechtmäßiges Verfahren der Strafverfolgung.
19 Es bezeichnet das Einordnen von Menschen in Kategorien, aus denen auf typisches Verhalten
20 geschlossen werden könne. Wird beispielsweise ein*e Ladendieb*in nach ihrer Flucht als klein, blond,
21 stämmig, mit großer Brille und rotem Kapuzenpulli beschrieben, ist es aus polizeilicher Sicht
22 vollkommen legitim, Menschen mit diesem Erscheinungsbild zu kontrollieren. Problematisch - und vor
23 allem rassistisch – wird es dann, wenn Merkmale wie die Hautfarbe oder sog. „nordafrikanisches
24 Aussehen“ per se zum Profil werden.

25 Die öffentlichen Reaktionen auf das Racial Profiling der Kölner Silvesternacht zeigt uns, dass
26 Rassismus und Vorverurteilung noch immer ein hartnäckiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind.
27 Wir stehen klar hinter dem Verbot von Racial Profiling und fordern dieses auch klar durchzusetzen.
28 Statt dienstlicher Anweisungen zum rassistischen Aussortieren sollte sich die Polizei lieber darauf
29 konzentrieren, effektive Maßnahmen gegen Racial Profiling zu entwickeln. Eine Sensibilisierung
30 dahingehend sollte Teil einer jeden polizeilichen Aus-, Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme sein.
31 Außerdem fordern wir die Polizei auf, sich in Publikationen und Handreichungen klar gegen Racial
32 Profiling auszusprechen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Rhön-Haßberge
2 AdressatInnen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirksparteitag der SPD Unterfranken,
3 Landesparteitag der BayernSPD

4 **I 5: Bekämpfung des Wohnungsleerstandes durch die** 5 **Wiedereinführung der Eigenheimzulage**

7 **Forderung**

8 Die Einführung einer Eigenheimzulage, die im besonderen Maße den Kauf von Altbauten in
9 Landkreisen fördert, um den akuten Wohnungsleerstand zu bekämpfen.

10 Sie soll jährlich 5 % der Herstellungskosten der Wohnung und dabei höchstens 2.556 € für Altbauten
11 auf dem Land und höchstens 1704€ für Altbauten in Städten betragen.

12 Für Neubauten 2,5 % der Anschaffungskosten der Wohnung und dabei höchstens 1.250 € auf dem
13 Land und höchstens 833 € in Städten. In beiden Fällen sollte ein Zuschuss von 800 € für jedes Kind
14 gezahlt werden.

15 Die Summe der positiven Einkünfte der letzten zwei Jahre darf:

- 16 • bei Alleinstehenden 70.000 €,
- 17 • bei Verheirateten 140.000 €
- 18 • zuzüglich 30.000 € je Kind

19 nicht übersteigen.

20 **Begründung**

21 Immer mehr Menschen ziehen in die Ballungszentren und Großstädte, während in Kleinstädten und
22 auf dem Land Verwahrlosung droht. Die Folgen: Der Wohnungsleerstand nimmt stetig zu und das nicht
23 nur in Ostdeutschland, sondern auch in Großstädten im Westen, wie Dortmund und Essen. Das
24 Problem wird weiter verschärft, indem immer mehr Menschen alleine wohnen und dabei eine immer
25 größer werdende Wohnfläche beanspruchen.

26 Schon jetzt ist es für Hausbesitzer aufgrund der geringen Nachfrage in den ländlichen Gebieten
27 schwierig, ihr Eigenheim zu verkaufen. Vor allem in den kleinen und mittleren Städten droht die
28 Verwahrlosung ein gesellschaftliches Problem zu werden, wenn nicht von Seiten der Politik effektiv
29 dagegen gesteuert wird.

30 Die Eigenheimzulage war eine der größten staatlichen Subventionen in Deutschland, mit der die
31 Bildung von selbstgenutztem Wohnungseigentum gefördert werden sollte. Seit dem 1. Januar 2006
32 wird die Eigenheimzulage für neue Fälle nicht mehr gewährt.

33 Die allgemeine Wohnungslage ist heute nicht mehr so positiv, wie sie im Jahr 2005 noch war. 2011
34 betrug die Leerstandsquote im Landkreis Bad Kissingen 6,7 % und in Teilen des Ostens sogar über 13
35 %.

36 Bevor die Eigenheimzulage 2005 schrittweise gestrichen wurde, kam eine Wirkungsanalyse aus dem
37 Jahr 2002 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zu dem Schluss, dass „die

- 1 Eigenheimzulage einen wirksamen Beitrag zur Eigentumsbildung bildet", eine "hohe soziale
- 2 Treffsicherheit" aufweist und "die Schwelle zur Eigentumsbildung deutlich reduziert". Weiter wird
- 3 erläutert, dass vor allem der Osten von dem Zuschuss profitierte.

- 4 Die Eigenheimzulage war ein geeignetes Mittel, um Familien zu der Verwirklichung ihres Traums von
- 5 den eigenen vier Wänden zu unterstützen. In den Jahren von 1996 bis 2000 profitierten etwa 2,6
- 6 Millionen Haushalte von der Förderung. Fast 60 Prozent von ihnen bekamen auch die Kinderzulage.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt-Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag

4 **I 6: Aufbau einer Infrastruktur von Drogenkonsumräumen in Bayern**

5

6 Momentan werden 24 Drogenkonsumräume in 15 Städten und sechs Bundesländern betrieben.
7 Bayern ist nicht dabei.

8 Durch die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, werden kontrollierte Gebrauchsvarianten etabliert,
9 welche bereits als Vorstufe eines Ausstiegsprozess und Beginn einer Stabilisierungsphase gesehen
10 werden können. Diese Prozesse laufen nicht linear und somit ist zu beachten, dass Süchtige in ihnen
11 zumeist empfindlich, fragil und angegriffen agieren, was einen besonderen Umgang – eine besondere
12 Begleitung – zur Folge hat.

13 Häufig sind die Konsument_innen, meist nach jahrelanger Abhängigkeit, mehrfach geschädigt und
14 können deshalb oft nicht vom Behandlungssystem der Drogenhilfe aufgefangen werden, da sie
15 beispielsweise durch zu unterzeichnende Vereinbarungen, „Cleannachweise“ oder Ähnliches bereits
16 aus dem System gefallen sind oder diese Einrichtungen erst gar nicht aufsuchen. Deshalb ist die
17 Niedrigschwelligkeit von Drogenkonsumräumen unbedingtes Credo, welches keine
18 Zugangsvoraussetzungen an die Inanspruchnahme der angebotenen Hilfsangebote knüpft und eine
19 akzeptierende Drogenarbeit leistet, welche die Besucher_innen in ihrem jeweiligen Zustand aufnimmt,
20 akzeptiert und auf dieser individuellen Stufe/Level mit der Arbeit beginnt. Selbstverständlich stehen
21 diese Angebote nur Konsument_innen von illegalisierten Drogen offen, jedoch nicht in Begleitung von
22 Kindern oder Haustieren und nur, wenn die Grundregeln eingehalten, folglich rassistische-, sexistische-,
23 , oder generelle Gewalt oder deren Androhung vermieden und Handel mit Drogen oder weiteren
24 Waren unterlassen werden.

25 Die Lebensführung von potentiellen Drogenkonsumraumnutzer_innen kann grob als „schwierig“
26 bezeichnet werden. So ist der Tagesablauf meist durch die kontinuierlichen Gedanken und Aktionen
27 zur Beschaffung von benötigten Substanzen, die oft polyvalent genutzt werden, geprägt und deshalb
28 leiden die Konsument_innen häufig unter ständiger Überforderung, unzureichend hygienischen
29 Bedingungen, Begleiterkrankungen (Hepatitis C, HIV), Verschuldung, kritischer Wohnsituation,
30 rechtlichen Streitigkeiten, schwierigen Familienverhältnissen, psychischen Krisen und
31 Einschränkungen in nahezu jedem Lebensbereich. Hinzu kann noch addiert werden, dass der
32 „Straßenstoff unberechenbar“ ist und dessen Zusammensetzung durchaus als schwankend bezeichnet
33 werden kann, was zu versehentlichen Überdosierungen, Qualitäts- oder sonstigen Fehleinschätzungen
34 führt. Viele dieser Schwierigkeiten können im Drogenkonsumraum, zumindest zeitweilig aufgefangen
35 werden.

36 Die Arbeit in Drogenkonsumräumen baut auf Beharrlichkeit und kontinuierlicher Betreuungsarbeit auf
37 niederschwelliger Basis auf. Mitarbeiter_innen müssen nicht nur aus dem medizinischen sondern auch
38 verwaltenden Bereich kommen, multiprofessionell agieren und es bedarf kontinuierlicher Schulung in
39 Feldern wie z.B. Deeskalation, Konfliktmanagement, Krisenintervention usw.. Neben der
40 medizinischen Versorgung müssen die Nutzer_innen sich menschlich akzeptiert, kulturell
41 angenommen und mit all Ihren Prägungen, unterschiedlichen Sozialisierungs- und Bildungsverläufen,
42 Verhaltensmustern und Bedürfnissen akzeptiert, aufgehoben und gewertschätzt fühlen.

1 Sprachbarrieren sind durch übersetzte Informationsbroschüren und multilinguales Fachpersonal aus
2 zu räumen.

3 Die Ziele von Drogenkonsumräumen finden sich nicht ausschließlich in der psychischen und physischen
4 Hilfe und der Erhöhung der Überlebenschancen beim Konsum, sondern sollen zur Stabilisierung der
5 kompletten Lebenssituation der Konsument_innen beitragen und die Inanspruchnahme
6 weiterführender Hilfsangebote unterstützen, einen Begleitprozess zum Ausstieg bieten und die
7 Regeneration einläuten. Neben Akut- und Überlebenshilfen werden auch Mahlzeiten, Wäscheservice
8 und Freizeitangebote geschaffen und „safer“-Beratungen in allen Bereichen durchgeführt. Ebenso
9 kann der Drogenkonsumraum als Postanschrift für Wohnungslose und als genereller
10 „Informationsraum“ genutzt werden. Die Unterstützung in rechtlichen Fragen und die Vermittlung von
11 Therapieplätzen oder Ärzten kann ebenfalls geleistet werden.

12 Unbedingt notwendig ist die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Institutionen, wobei an
13 dieser Stelle Polizei, politische Organisationen, Kirchen, Schulen und soziale Einrichtungen zu nennen
14 sind. Das Personal der Räume hat einen Aufklärungsauftrag und ist daher angehalten sich an drogen-
15 und sozialpolitischen Veranstaltungen, wie Podiumsdiskussionen, Kongressen, Aktionen usw. zu
16 beteiligen und somit aktiv an Verbesserungen und Innovationen des Drogenhilfesystems mitzuwirken
17 und Akzeptanz zu schaffen.

18 Die rechtliche Grundlage zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen wurde bereits im April 2000 im 3.
19 Betäubungsmitteländerungsgesetz (3. BtMG-ÄndG) und dessen §10a BtMG geschaffen. Darin werden
20 zehn Mindeststandards genannt, welche nicht unterschritten werden dürfen. Es bleibt jedoch der
21 jeweiligen Landesregierung überlassen, ob diese die Einrichtung von Drogenkonsumräumen schaffen
22 will, da sie durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen schaffen könnte.

23 Die Frage nach Substitutionsbehandlung ist an dieser Stelle nicht zu behandeln.

24 Es ist dringend notwendig endlich mit der Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern zu
25 beginnen und eine flächendeckende Infrastruktur zu schaffen.

1 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt-Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirks-, Landes- und
3 Bundesparteitag

4 **I 7: Hoftorbilanz jetzt in der Düngeverordnung festschreiben**

5

6 Am 16. Februar 2017 stimmte der Bundestag für die Reform des Düngegesetzes. Ziel ist es,
7 Überdüngung und die Nitratbelastung der Böden zu verhindern oder wohl eher lediglich zu reduzieren.
8 Jedoch besteht hier noch großer Verbesserungsbedarf und auch mit der Abstimmung zur geplanten
9 Reform fehlen existentielle Instrumente zur Minimierung der Umweltschäden. So ist es beispielsweise
10 nicht sicher, ob die EU sich mit diesen angestrebten Maßnahmen so abspeisen lässt. Das Gesetz wird
11 erst im Jahr 2023 vollumfänglich wirken und greifen und bis dahin werden lediglich ca. 6 Prozent der
12 tierhaltenden Betriebe vom Gesetz erfasst. In Zeiten, in denen der Fleischkonsum rückläufig ist, jedoch
13 die Megaställe aus dem Boden sprießen und eine katastrophale Überproduktion an Fleischmassen, das
14 Sterben von kleinen Höfen, die Verschlechterung des Tierschutzes und die Belastung von Gewässern
15 und Umwelt verursachen, ist es dringend geboten, konsequentere Änderungen in den Gesetzen und
16 genauere Kontrollmechanismen zur Anwendung zu bringen.

17 Der WWF, der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring
18 und der Naturschutzbund Deutschland sind der Meinung, dass die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie so
19 eingehalten werden können und Gewässer und Umwelt ausreichend geschützt werden, was
20 Milliardenstrafzahlungen der Bundesrepublik zur Folge hätte (bereits am 27. Oktober 2016 reichte
21 Brüssel Klage gegen Deutschland wegen Verletzung der EU-Nitratrichtlinie ein), sollte das Grundwasser
22 zu hohe Nitratbelastungen aufweisen. Die Verbände fordern eine bundesweite Gülle-Datenbank und
23 eine maximal einstündige „Einarbeitungsfrist“ in den Boden. Des Weiteren werden Stickstoff-
24 Maximalwerte (nein, das Wort „Obergrenze“ mögen wir nicht) und Rücksichtnahme auf Betriebe die
25 mit Festmist arbeiten verlangt.

26 Das wichtigste Instrument jedoch wäre eine flächendeckende Hoftorbilanz (welche Nährstoffmengen
27 gelangen in einen Betrieb und welche Mengen verlassen diesen wieder) für alle Betriebe. Hierbei
28 handelt es sich um einen verbindlichen Nährstoffvergleich, der die objektive Feststellung von z.B.
29 Nährstoffüberschüssen ermöglicht und somit gezielte Maßnahmen und Sanktionen nach dem
30 Verursacherprinzip zu lässt. Alle bisher angewandten und vorgesehenen Bilanzierungsmethoden sind
31 ungenau und diese lasche Dokumentationspflicht legalisiert in vielen Fällen die Überdüngung. Bisher
32 sieht die Reform des Gesetzes, die Einführung einer sehr abgeschwächten Form einer Bilanzierung und
33 dies lediglich für viehintensive Betriebe und erst ab dem Jahr 2018 vor. Betreffen würde dies also nur
34 Betriebe, die mehr als 2000 Mastschweine oder mehr als drei Großvieheinheiten pro Hektar. Laut
35 Einschätzung vom BUND würden damit über 90 Prozent aller Betriebe von der Bilanz befreit und dies
36 ist aufgrund der „gravierenden Umweltprobleme, die mit der Düngeausbringung und -lagerung
37 einhergehen, eine nicht akzeptable Regelung.“

38 In Dänemark existiert bereits ein solches Bilanzierungssystem auf Betriebsebene, welches jeder
39 Betrieb ab einer bestimmten Mindestgröße anhand eines Online-Tools speist. Diese Vorgehensweise
40 reduziert den bürokratischen Aufwand der Landwirte enorm.¹ Diese Variante kann im Grunde
41 deckungsgleich für Deutschland übernommen werden und macht die Aussage von Herrn Reinhard
42 Herb (Landwirt aus Sielenbach und BBV-Kreisobmann) "Für mich ein unmöglicher Vorgang. Wir sind

- 1 schon fast gläsern. Nur Kontrollwahn, das ist abartig. Man kann ja schwarzen Schafen nachgehen. Aber
- 2 alles gläsern machen, irgendwo sollte es Grenzen geben." unnötig und unzutreffend.
- 3 Es besteht die dringende Notwendigkeit die Dichte der Tierhaltung an der real vorhandenen Fläche zu
- 4 messen bzw. diese anzupassen und die Tierhaltung in Folge an eben diese Fläche zu binden.
- 5 Wir verlangen die sofortige Einführung einer Hoftorbilanz für alle Agrarbetriebe mit einem
- 6 Maximalnährstoffüberschuss von 30 kg Stickstoff/ Jahr und Hektar.